

# „Equal Pay Day 2009“ - Frauen sind mehr wert!

## Frauen warten noch immer!

Im Rahmen des Equal Pay Day (Tag der Entgeltgleichheit), führte die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF) eine Aktion durch.

Grundlage war die bestehende Ungleichheit bei der Entlohnung zwischen Frauen und Männern. Statistisch gesehen verdienen Frauen in Deutschland nämlich etwa 23% we-

niger als ihre männlichen Kollegen. Für das Jahr 2008 bedeutet dies umgerechnet, dass Frauen tatsächlich 56 Tage im Jahr 2009 mehr arbeiten mussten, damit sie die gleiche Entlohnung wie die Männer erhalten. Die ASF machte mit der Nachstellung des Märchens vom „Sterntaler“ und 56 – auf eine Leine aufgezogenen – Kalenderblättern deutlich, dass das Thema „Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit“ nach wie vor

ein aktuelles politisches Thema ist.

Auf jeden Fall endet das auf die neue Zeit umgeschriebene Märchen mit dem Schlusssatz:

**„Und wenn sie nicht gestorben sind, dann warten sie noch immer!“**



## Konjunkturprogramm muss in den Kommunen ankommen

### Wolfgang Jüttner: Klare Handschrift der SPD sichtbar

Auf Einladung des Osnabrücker Gewerkschaftsrates und der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmer (AfA) traf sich Wolfgang Jüttner, der Vorsitzende der Niedersächsischen SPD-Landtagsfraktion, mit Arbeitnehmervertretern aus der Region im DGB-Haus. Deutschland, so der SPD-Fraktionsvorsitzende, befindet sich in der schwierigsten wirtschaftlichen Phase seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Die Banken- und Finanzkrise hat sich auf die gesamte Wirtschaft ausgeweitet. Wir stehen vor einem globalen Abschwung mit einschneidenden Auswirkungen für Investitionen und Beschäftigung. Jüttner sprach von einer veritablen Rezession, die um Deutschland als führende Exportnation keinen Bogen machen wird. Seiner Meinung nach gibt es keine Alternative zum schnellen und entschlossenen Handeln der Bundesregierung. Bei der Verteilung der Mittel der jetzt zur Diskussion stehenden Konjunkturmaßnahmen müsse es eine Priorität zugunsten des Nordens geben. Das kommunale Konjunkturpaket wird in zwei Wochen das Gesetzgebungsverfahren durchlaufen. Der Bund will, dass die Kommunen einen großen Anteil der Gelder bekommen, und zwar schnell und unbürokratisch, forderte der Landespolitiker. Wir werden im Niedersächsischen Landtag ein besonderes Augenmerk darauf haben, dass die Mittel auch in den Kommunen ankommen. Dabei sollen 65 Prozent in die Bildung investiert werden und 35 Prozent in die Infrastruktur. Am Besten sei es, wenn das Programm

eine Perspektive bis ins Jahr 2011 bekommt. Der Bund unterstützt mit 10 Milliarden Euro die Investitionen von Ländern und Kommunen. Die Länder beteiligen sich mit weiteren 3,3 Milliarden Euro. Die Länder müssen gewährleisten, dass auch die finanziell schwachen Gemeinden im Zuge des Haushalts sicherungs-konzeptes die Programme nutzen können. Eine Schlüsselbranche ist der Automobilbau. Unsere großen Automobilhersteller, aber auch viele andere industrielle Sektoren und Zulieferer, leiden unter dem Einbruch des Absatzes. Es geht darum, Impulse zu setzen, damit die Menschen Vertrauen in die wirtschaftliche Entwicklung bekommen. Dazu zählt auch die Umweltpremie und eine befristete Kfz-Steuerbefreiung. Besondere Maßnahmen konzentrieren sich auf Familien mit Kindern – sie brauchen unsere besondere Unterstützung. Es geht darum, die Regelsätze für Arbeitslosengeld-II-Empfänger zu verändern und zu verbessern, statt einfach nur einen Kinderbonus von 100 Euro je Kind pauschal auszuzahlen. Klar formulierte Wolfgang Jüttner seine Forderung nach weiteren Vereinbarungen zu weiteren Mindestlöhnen. Mindestlöhne sind nicht nur eine Frage der Würde und der sozialen Gerechtigkeit, sie stärken auch die Kaufkraft der Arbeitnehmer. Das zweite große Konjunkturpaket trägt in überwiegenden Teilen die klare Handschrift der Sozialdemokratie und ihrer Minister in der Bundesregierung. Es setzt effektiv an verschiedenen Hebeln an, um Investitionen auszulösen und Arbeitsplätze zu sichern.



(v.l.n.r.) Peter Spiekermann, Sprecher des Gewerkschaftsrates, Landtagsabgeordnete Ulla Groskurt, Wolfgang Jüttner und der SPD-Kreisvorsitzende Werner Lager

## Wahlaufruf zur Europawahl am 7. Juni 2009

Liebe Bürgerinnen und Bürger, am 7. Juni findet die Europawahl 2009 statt. Rund 375 Millionen Bürgerinnen und Bürger in 27 Mitgliedsstaaten sind aufgerufen, ein neues Parlament zu wählen. Seit 1979 wählen Sie die Kandidaten direkt ins EU-Parlament. In Deutschland sind 61,9 Millionen Wahlberechtigte, davon 2,2 Millionen EU-Ausländer aufgerufen, zur Wahl zu gehen. Wählen darf, wer das 18. Lebensjahr vollendet hat. Mit Europa verbinden wir über 60 Jahre Frieden unter den europäischen Völkern. Aber mit der Wahl

2009 verbinden wir auch einen Richtungsentscheid; hin zu einem sozialen Europa.

Wir stehen für ein soziales Europa und wollen, dass sämtliche EU-Rechtsakte auf ihre sozialen Auswirkungen für die betroffenen Menschen überprüft werden. Wir wollen mehr Mitbestimmung und Gleichberechtigung der Arbeitnehmer durchsetzen. Wir fordern einen europäischen Pakt gegen Lohndumping mit der Einführung eines existenzsichernden Mindestlohns. Die Bürgerinnen und Bürger in Europa dürfen nicht einem einseitigen Zwang zur Liberalisierung ausgesetzt werden. Deshalb gehen sie am 7. Juni zur Wahl und wählen ein „Soziales Europa“



Für die SPD im  
Landkreis Osnabrück

*Werner Lager*  
Kreisvorsitzender



Das soziale  
Deutschland.

## Vor allen Dingen: Gesundheit!

Im Rahmen der Kampagne „Eintrittskarte Zukunft“ führten die SPD Arbeitsgemeinschaften in der Region Osnabrück ein Gesundheitsforum durch.

Die gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, Dr. Carola Reimann, betonte, wie eng die Verzahnung zwischen Gesundheit, Präventionsarbeit und Bildung ist. Ein Zusammenhang der bei den Ergebnissen der Workshops, die die Arbeitsgemeinschaften organisierten, besonders deutlich herausgearbeitet wurde. Aufforderung an die SPD sei, ein Zweiklassensystem in der Gesundheitsversorgung zu vermeiden. Daher, so eine der politischen Forderungen, gehöre gesundheitliche Aufklärung bereits in den Kindergarten- und Schulalltag. Viele kostenintensive Gesundheitsprogramme ließen sich vermeiden, wenn rechtzeitig in die Präventionsarbeit investiert werde.

Neben der Verankerung von Kinderrechten in der Verfassung, gehöre zu einer verbesserten Gesundheitsversorgung auch die Qualitätssicherung von Alters- und Pflegeheimen sowie Krankenhäusern wie auch die Sicherstellung von adäquaten Per-

sonalschlüsseln in der Betreuung und eine an europäischen Standards orientierte Qualifikation. Auch der demografische Wandel und die sich verschärfenden Arbeitsbedingungen in Zeiten der Wirtschaftskrise verlangten einen veränderten Blick auf gesundheitspolitische Rahmenbedingungen, die nicht nur eine Ressourcenintensivierung, sondern auch eine Rückbesinnung auf Vergessenheit geratene Werte erforderten: So betonte der Bundestagskandidat Rainer Spiering, dass es auch der Solidarität und Hilfe nicht nur zwischen den Generationen und innerhalb der Nachbarschaft bedürfe, sondern auch ein verstärktes bürgerschaftliches Engagement erforderlich sei, dass deutlich mehr Anerkennung verdiene. Der Kreisvorsitzende Werner Lager machte deutlich, dass auch das Konsumverhalten Einzelner mit zur Veränderung in der Lebensmittelproduktion und damit zum Gesundheitsschutz beitragen könne. Dass die EU-Politik hier die richtigen Rahmenbedingungen setze, zeige sich insbesondere am Verbraucherschutz, der auch die deutsche Politik maßgeblich beeinflusse.

Impressum: SPD Landkreis Osnabrück  
49074 Osnabrück, Große Gildewart 11

# Bildung bleibt spannend

Ob die Diskussion über eine Einrichtung einer Gesamtschule in Hagen, eines Fachgymnasiums in Bersenbrück oder eine neue Struktur in der Schülerbeförderung, all das sind Themen, die die SPD-Kreistagsfraktion in den nächsten Wochen und Monaten beschäftigen. „Nicht abwarten, sondern gestalten“, beschreibt Rainer Spiering die Haltung seiner Fraktion gegenüber diesen Themen. Daher wurde auch eine Anfrage bezüglich der Kostenentwicklung für eine Einrichtung

einer Gesamtschule in Hagen an die Kreisverwaltung gestellt, eine Diskussionsrunde mit allen Leitern der betroffenen Gymnasien und Berufsschulen bezüglich des Fachgymnasiums im Nordkreis durchgeführt und ein Fragenkatalog entwickelt, der die Schülerbeförderung im gesamten Landkreis auf den Prüfstand stellt.

Zu weiteren Schwerpunkten rund um Schule wurden weitere Anträge gestellt: „Zum einen fand der Antrag zum Schulfond „Individuelle Förderung“ im Bildungsausschuss großen Zuspruch, zum anderen konnten wir die Mehrheit des Ausschusses davon überzeugen, dass 1,3 Mio. Euro zusätzlich für kreisangehörige Gemeinden zur Verfügung gestellt werden“, so Volker-Theo Eggeling, bildungspolitischer Sprecher der Fraktion. Damit sollen neben den kreiseigenen Schulen nun auch die Schulen der kreisangehörigen Gemeinden dabei unterstützt werden, die Umwandlung in Ganztagschulen schneller zu vollziehen. „Außerdem soll damit der Ausbau der



Krippen vorangetrieben werden“, schlägt Spiering vor. „In den ersten Lebensjahren lernen Kinder so viel wie sonst nie mehr im Leben. Diese Möglichkeit der frühkindlichen Bildungsentwicklung in der Krippe sollten so viele Kinder wie möglich erfahren. Gerade in diesem Bereich gibt es noch großen Handlungsbedarf. Ob die Mehrheitsgruppe dies auch erkennt, bleibt abzuwarten. Es bleibt in jedem Fall spannend.“

## Klaus Brandner zu Besuch im Landkreis Osnabrück

Auf Einladung von Rainer Spiering besuchte der Parlamentarische Staatssekretär und SPD-Bundestagsabgeordnete, Klaus Brandner,

und nicht namens- und gesichtslose Aktiengesellschaften.“

Während des letzten Besuchstermins an diesem Tag zeigten sich Brandner

und Kurzarbeit umgegangen wird. Die seit dem 12. Januar für sechs Monate angemeldete Kurzarbeit wird genutzt, um Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiter zu qualifizieren. „Unser Ziel ist es, die Beschäftigten der Georgsmarienhütte auf neue Anforderungen und durch längerfristige Zusatzqualifikationen auf neue Arbeitsplätze in unserem Unternehmen vorzubereiten“, erklärt Arbeitsdirektor Harald Schartau den anwesenden Politikern.

„Gestärkt aus der Krise hervorgehen“, so Spiering, „muss die Devise sein. Hier in der Georgsmarienhütte bin ich sicher, wird es funktionieren. Das traditionsreiche Stahlwerk hat Symbolcharakter auch über die Grenzen des Osnabrücker Landes hinaus. Wenn es hier gut geht, wird sich das auch auf andere Bereiche und Regionen auswirken.“



(v. l. n. r.): Dr. Winfried Wilkens, Rainer Spiering, Klaus Brandner und Joachim Rabe

drei Stationen im Landkreis Osnabrück. Bevor die Herren im Kreishaus auf den Sozialdezernenten Matthias Selle und den Geschäftsführer der Maßarbeit, Siegfried Averbhage trafen und sich über das Optionsmodell informierten, bildete ein Besuch bei der heristo AG in Bad Rothenfelde den Auftakt. Hier standen die allgemeine Wirtschaftssituation und die Situation der Fleischindustrie im Vordergrund. „Gerade die Lebensmittelindustrie im Landkreis Osnabrück und im benachbarten Nordrhein-Westfalen, dem Wahlkreis von Klaus Brandner, bildet eine wichtige Stütze der Wirtschaft unserer Region“, so Spiering. „Mittelständische Unternehmensgruppen wie die heristo sind in unserer Region eingebunden. Unternehmer wie die Familie Risken sind Partner der Region

und auch Spiering beeindruckt darüber, wie in der Georgsmarienhütte mit dem Thema Wirtschaftskrise

(v. l. n. r.):

Dieter Selige, Harald Schartau, Dr. Winfried Wilkens, Wilfried Brandebusemeyer, Klaus Brandner, Jutta Olbricht und Rainer Spiering



## Die SPD-Kreistagsfraktion setzt sich für Senioren ein

Der Antrag zur Ausbildungs-offensive im Alten- und Pflegebereich zur Kreistagsitzung im Februar war der Anfang einer Kampagne, die sich gegen den Pflegenotstand im Landkreis Osnabrück richtet. Mit einem Betrag von jährlich 150.000 Euro sollten insgesamt 30 Ausbildungsplätze in Alten- und Pflegeheimen geschaffen werden. Dieser Antrag wurde leider mit den Stimmen der CDU/FDP/ÜWG-Gruppe abgelehnt. Um dennoch die Öffentlichkeit und vor allem die Kreisverwaltung für dieses Thema zu sensibilisieren, wurde eine Veranstaltung durchgeführt, zu der auch die ansässigen Alten- und Pflegeheime eingeladen wurden.

Der Besuch der SPD-Kreistagsfraktion im Altenzentrum in Bramsche



am 30. März bildete einen weiteren Teil der Kampagne. Bei diesem Gespräch mit der Leitung des AWO-Bezirksverbandes Weser-Ems, der Einrichtungsleitung und der Bramscher Bürgermeisterin Liesel Höltermann, ging es um die Beteiligung der freien Wohlfahrtspflege am Konjunkturpaket II der Bundesregierung am Beispiel des Altenzentrums Bramsche.

Die nächste Aktion ist am 18. Mai geplant. Zu diesem Termin sind wieder alle Vertreter der Alten- und Pflegeheime ins Kreishaus eingeladen, um darüber zu diskutieren, was die Politik leisten kann, freie Träger am Konjunkturpaket zu beteiligen.

**Nähere Infos dazu und zu weiteren Themen unter:**  
**[www.lkos-spdfraktion.de](http://www.lkos-spdfraktion.de)**